

Schulfrei für die Bundeswehr Orientierungshilfe für Lehrkräfte

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,

seit Anfang der 1990er Jahre ist die Bundeswehr schrittweise von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee umgebaut worden, deren Soldatinnen und Soldaten heute in acht Regionen Europas, Afrikas und Asiens im Einsatz sind (Stand 28. 06. 2010).

Ende 2009 sprachen sich nur 45 % der befragten Bundesbürgerinnen und -bürger gegenüber dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr für „eine international eher aktive Politik Deutschlands zur Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten“ aus. Dem militärischen Engagement in Afghanistan stehen nach Angaben der ARD seit Ende 2009 stabile 70 % der Bevölkerung ablehnend gegenüber und plädieren für einen möglichst schnellen Rückzug.

Um dieser ablehnenden Haltung der Mehrheit gegenüber der aktuellen Militärpolitik etwas entgegenzusetzen, hat die Bundeswehr eine vielgestaltige PR-Offensive in Medien und Arbeitsämtern, in Internet-Auftritten und Werbe-Events für Jugendliche, auf Messen und in öffentlichen Auftritten gestartet.

Nicht unwesentliches Ziel dieser Bemühungen um mehr Akzeptanz ist die Schule. Seit 2008 ist es dem Verteidigungsministerium gelungen, in sechs Bundesländern (NRW, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern – Stand: Juli 2010) von den Kommandeuren der zuständigen Wehrbereichskommandos inhaltlich weitgehend identische **Kooperationsvereinbarungen** mit den Kultusministern abschließen zu lassen.

Vereinbart wurde:

- „eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik“
- „Schulen und Lehrkräfte“ sollen unterstützt werden, wenn sie „sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten“, indem „Jugendoffiziere ... im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik (informieren). Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.“
- „die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“
- „die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften“ an „Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen“

- die Veröffentlichung von entsprechenden Bildungsangeboten in den Medien des KM
- „die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidien“
- „Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg...“

(alle Zitate aus der baden-württembergischen Version der Kooperationsvereinbarung vom 4. Dezember 2009)

Ergo:

Mit Hilfe des Ministeriums und der Schulverwaltung versucht die Bundeswehr, ihren Einfluss v.a. auf die Lehrkräfte zu erhöhen.

Der letzte Satz der Vereinbarung lautet: „Die Beteiligten sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden.“ Dann sind sie sich auch bewusst, dass eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr nur dann gelingen kann, wenn mehr Schulen und Lehrkräfte bereit sind, die Angebote der Bundeswehr anzunehmen und die Jugendoffiziere in die Schulen und in den Unterricht zu holen.

Kein Wunder, dass sich die Nachrichten mehren, die Jugendoffiziere träten verstärkt in den Lehrerbildungseinrichtungen auf und seien in die Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses eingebunden.

Nicht verwunderlich auch, wenn die Verführungskraft der bestens ausgebildeten Jugendoffiziere und ihrer attraktiven Angebote diese und jene überbeanspruchte Lehrkraft schwach macht.

Unklar bleibt, welche Auswirkungen die regelmäßigen Gespräche der Jugendoffiziere mit den „zuständigen“ (?) Vertreterinnen und Vertretern der RPs und das neue Berichtswesen haben werden. Sollen da den Jugendoffizieren Hindernisse aus dem Weg geräumt werden?

Was tun?

In den Diskussionen um den Auftritt der Jugendoffiziere in den Schulen wird immer wieder auf den **Beutelsbacher Konsens** von 1976 verwiesen, den von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannte Bildungsträger anerkennen müssen, um förderungsfähig zu sein. Und auch das Kultusministerium Baden-Württemberg hat die drei Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses zustimmend auf dem Landesbildungsserver Baden-Württemberg (www.schule-bw.de) eingestellt.

Sein Inhalt:

Überwältigungsverbot – Indoktrinationsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines "selbständigen Urteils" zu hindern.

Ausgewogenheit bzw. Kontroversität

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Schülerorientierung

Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Situation im Sinne seiner eigenen Interessen zu beeinflussen.

(Beutelsbacher Konsens. In: Schiele/Schneider Hrsg.: Das Konsensproblem in der Politischen Bildung. Stuttgart 1977, 178-180.)

Es muss bezweifelt werden, dass Jugendoffiziere überhaupt in der Lage sein könnten, die drei Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses hinreichend zu beachten. Ob sie es wollen sollen, ist auch nicht sicher. Schrieben doch die Freiburger Jugendoffiziere ungerügt im November 2009 an die Schulen: „Wir ... haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus ‚erster Hand‘ über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten.“

Im Lichte dieser Überlegungen bitten wir Sie, den Aktivitäten der Bundeswehr an der Schule und v.a. in den Lehrerbildungseinrichtungen Ihre skeptische Aufmerksamkeit zu widmen.